

R O T H E U T E

Informationen aus der **SPD**-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

SPD LAND BREMEN
BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

Soz **Kongress**
Zur sozialen
Stadtgesellschaft
Seite 2

 **Integration**
Ältere MigrantInnen
beteiligen
Seite 3

 **Lymphdrainage**
Vereinbarungen
am Runden Tisch
Seite 3

 **Hartz IV**
Teilhabe
ermöglichen
Seite 4

 **SPD-Fraktion**
Sozi frei Haus
Seite 4



Gastkommentar

Den Standort stärken, Wirtschaftskraft entwickeln, neue Arbeitsplätze schaffen: In den wichtigen standortbezogenen Themen sitzen Arbeitnehmer und Unternehmer in einem Boot. Nur profitable Unternehmen schaffen sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Es lohnt sich, über den richtigen Weg, wie wir Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze in Bremen schaffen wollen, zu diskutieren. Daher haben wir die Einladung der SPD-Fraktion zum Dialog der wirtschaftspolitischen Positionen der Handelskammer bei der Klausurtagung in Hermannsburg begrüßt. Auch wenn es in einigen Punkten klare Unterschiede gibt – beispielsweise beim Mindestlohn oder einzelnen Fragen der Verkehrspolitik – bestehen in vielen Fällen übereinstimmende Positionen, so zur Verlängerung des Paktes für Ausbildung, der Weiterentwicklung des Technologie- und Wissenschaftsstandortes Bremen oder bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Als standorttreuer mittelständischer Unternehmer in Bremen weiß ich, dass die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb nur bestehen kann, wenn sie in Qualifizierung, Wissen und Technologie vorne ist. Daher müssen wir diesen Themen zukünftig noch höhere Priorität widmen. Es lohnt sich, hierüber – wie auch über andere zentrale wirtschaftspolitische Fragen – weiterhin im Gespräch zu bleiben. Wir nehmen daher das Angebot von Herrn Tschöpe zu einem kontinuierlicheren Dialog gerne an.

Otto Lamotte, Präses der Handelskammer Bremen

Im Dialog für Bremen

Ein zentrales Ziel unserer Politik ist es, die wirtschaftlichen Chancen Bremens und Bremerhavens auszubauen, um existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Gerade die Finanz- und Wirtschaftskrise macht es notwendig, das politische Handeln daran auszurichten. Dabei ist mir wichtig, dass die unterschiedlichen Erwerbs- und Lebenswirklichkeiten der Menschen stärker in den Blick genommen werden. Berufsbiographien sind heu-

te viel häufiger als in der Vergangenheit von zeitlichen, örtlichen und inhaltlichen Brüchen und damit einhergehenden sozialen Unsicherheiten geprägt. Die Fraktion will deshalb in den kommenden Monaten einen intensiven Dialog mit allen Akteuren und gesellschaftlichen Kräften zu den zentralen Fragen und Maßnahmen der Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Standortpolitik führen. Hierfür wollen wir die guten Kontakte zu Betriebs-



Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

räten und Gewerkschaften weiter ausbauen und neben den zentralen industriepolitischen Herausforderungen auch die Perspektiven und Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen verstärkt mit in die Diskussion aufnehmen. Als größte Regierungsfraktion ist es unsere Aufgabe, unsere Politik durch die kritische Fachöffentlichkeit spiegeln zu lassen, Kompetenzen zu sammeln und den in unseren beiden Städten vorhandenen Sachverstand zu bündeln. Ich habe mich daher sehr gefreut, dass die Handelskammer unserer Einladung zur Diskussion anlässlich unserer Klausur Mitte Februar gefolgt ist. Diesen Austausch wollen wir fortsetzen und verstetigen. Ich bin mir sicher, dass wir in einem solchen offenen Dialog feststellen, dass es mehr Verbindendes als Spaltendes gibt. Und das ist wichtig, um gemeinsam nach den besten Lösungen im Interesse Bremens und Bremerhavens zu suchen.

„Wir müssen die **Konsolidierung** konsequent fortsetzen.“

Ab 2020 muss Bremen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten. Das Land darf ab diesem Zeitpunkt keine neuen Schulden mehr machen. Das ist das Ergebnis der im März 2009 beendeten Föderalismusreform-Kommission II. Im Gegenzug wird Bremen von 2011 bis 2019 jährlich 300 Mio. Euro Zinsbeihilfen vom Bund erhalten.

Frau Kummer, kann Bremen ab 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen?

Ja, ich denke, dass wir das schaffen können. Ehrlicherweise muss man aber auch sagen, dass das von ganz vielen verschiedenen Faktoren abhängt. Auf einige können wir unmittelbar Einfluss nehmen, auf andere wiederum nicht. Wer aber wie bspw. die LINKE die Herausforderung gar nicht erst annimmt, hat schon verloren.

Welche Faktoren sind das?

Die Sanierung unserer Finanzen wird nicht alleine über weitere Sparanstrengungen erreicht werden können. Wer den Bremerinnen und Bremern erzählt, wir müssten nur ordentlich sparen, dann schaffen wir das, der sagt die



Uta Kummer, haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Foto: Fraktion

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Unwahrheit. Das werfe ich auch der CDU vor, die mit aus der Luft gegriffenen „Sparvorschlägen“ den Leuten Sand in die Augen streut. Denn genauso wichtig wie die weitere Begrenzung unserer Ausgaben wird die Entwicklung unserer Einnahmen sein. Wir müssen uns deshalb genau anschauen, an welchen Stellschrauben wir drehen können. Im Prinzip kommen hier – in einem nennenswerten Umfang – die Erhöhung der Grundsteuer, der Grunderwerbssteuer oder der Gewerbesteuer in Betracht. Allerdings: Bremen drohen durch die Steuersenkungspläne der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung rund 163 Mio. Euro Steuerverluste pro Jahr. Das können wir weder wegsparen noch durch die Erhöhung kommunaler oder Landessteuern ausgleichen.

Und was kann die Politik in Bremen unternehmen?

Wir müssen erstens mit allen Mitteln versuchen zu verhindern, dass Schwarz-Gelb diesen Irrsinn umsetzt. Und dafür müssen wir Verbündete suchen. Bremen steht mit dem Problem des Ausblutens der öffentlichen Haushalte ja nicht alleine da. Fast alle Städte und Gemeinden in Deutschland sind doch an den Grenzen ihrer Einsparpotenziale angekommen. Zweitens: Die Haushaltsberatungen 2011 stehen unmittelbar bevor. Schon die letzten Haushalte waren Sparveranstaltungen. Und wir werden prüfen müssen: Wie können wir die Verwaltung noch effizienter und günstiger machen, welchen Beitrag können die Beschäftigten zur Sanierung leisten. Bürgermeister Jens Böhrnsen hat mal gesagt, dass wir definitiv keinen Speck mehr auf den Rippen haben, den wir wegschneiden könnten. Da hat er Recht. Das werden ganz schwierige Beratungen sein, die ans Eingemachte gehen.

Wie meinen Sie das?

Wir haben einerseits die Verantwortung, den strikten Kurs der Ausgabenbegrenzung weiter fortzuführen. Wir haben aber andererseits auch die Pflicht, die notwendigen Eigenanstrengungen so zu meistern, dass wir den sozialen Zusammenhalt nicht zerstören. Wir dürfen uns die Selbstständigkeit nicht wegsparen, wir sind keine Kleinstadt in einem Flächenland. Es wäre z. B. völlig widersinnig, bei der Kinderbetreuung oder an der Bildung unserer Kinder zu sparen. Das sind Bereiche, in denen wir bewusst Schwerpunkte gesetzt haben, weil es Zukunftsfelder sind, auf denen wir eher mehr tun müssen als weniger. Deshalb ist die Steuerepolitik der Bundesregierung auch so unverantwortlich, weil sie den Ländern die finanziellen Möglichkeiten nimmt, genau hier zu handeln.

Wie geht es nun weiter?

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen ist ein parlamentarischer Ausschuss eingerichtet worden, der den weiteren Konsolidierungsweg beraten wird. Themen werden neben den Grundlagen des Sanierungspfades bis 2020 auch die Regelungen im Grundgesetz sowie die konjunkturellen und finanziellen Rahmenbedingungen sein, unter denen die weitere Sanierung verlaufen wird. Hierzu wird auch eine grundlegende Betrachtung der großen Einnahmen- und Ausgabeblöcke vor dem Hintergrund der Anforderungen der einzelnen Sanierungsphasen erfolgen. Der Senat wird am 8. März in einer Klausur erste grundsätzliche Entscheidungen treffen, Anfang Juni sollen dann Konkretisierungen erfolgen. Das Parlament wird schließlich im Herbst den Haushalt 2011 beraten und verabschieden. Das wird dann der Einstieg in den weiteren Sanierungspfad sein.

Welche Politik braucht eine soziale und demokratische Stadtgesellschaft?

„Wir haben diesen Tag überschrieben mit drei Worten: Sozial, Integrativ und Demokratisch – das ist der Dreiklang, an dem wir unsere Politikentwicklung ausrichten wollen“, erklärte Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion zum Auftakt des Kongresses der SPD-Fraktion am 3. Februar 2010 im Haus der Bürgerschaft. „Wie wird selbstbestimmtes Leben und Arbeiten für alle möglich?“ und „Welche Strukturen braucht der zukunftsfähige Sozialstaat?“ waren u.a. die Fragen, die die rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem Tag erörterten. Mit dabei waren ausgewiesene Experten wie etwa Prof. Dr. Frank



stärkt, was ihn fördert und sichert. Prof. Dr. Häußermann bot eine Einführung in die aktuellen Diskussionen der Stadtforschung. Er gab Raum zum Nachdenken über Herausforderungen und Fragestellungen der Entwicklung Bremens unter sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen. „Aber nicht nur die sind zu berücksichtigen, sondern auch ökonomische, soziale, geographische, kulturelle, städtebauliche und zunehmend ökologische Gesichtspunkte“, so Häußermann. Der



Die Zukunft des Sozialstaates stand im Mittelpunkt der Diskussionen auf dem Kongress der SPD-Fraktion im Haus der Bürgerschaft. Foto: Fraktion

Nullmeier von der Universität Bremen, der zur Spaltung der Gesellschaften durch Eliten referierte und Prof. Dr. Hartmut Häußermann von der Humboldt-Universität Berlin, der zur sozialen Stadtentwicklung sprach. „Die Menschen kennen sich immer weniger und denken auch weniger übereinander nach. Das kann nicht das Grundgerüst für einen Integrationsgedanken sein“, verdeutlichte Prof. Dr. Nullmeier. Man müsse intensiv der Frage nachgehen, was den sozialen Zusammenhalt

Kongress hat zwar deutlich gemacht, dass es vielfältige Formen der sozialen Spaltung in der Gesellschaft gibt, aber auch, dass es Strategien dagegen gibt – trotz eines knappen Haushaltsbudgets. Diese schaffen beispielsweise Anreize dafür, dass die Durchmischung in den Stadtquartieren wieder stimmt. Die Teilnehmer haben in fünf Workshops versucht, erste Antworten darauf zu finden, wie ein zukünftiger und nachhaltiger Sozialstaat aussehen soll und was Bremen von anderen Ländern lernen kann. Um auch weiterhin in einem engen Austausch mit den Bremer Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben, sind Folgeveranstaltungen geplant. Die Dokumentation des Kongresses ist als CD ab Anfang April über die Fraktion erhältlich.

Interkulturelle Gesellschaft leben

Ältere Migrantinnen und Migranten verstehen lernen und besser informieren



Die ehrenamtlichen Helferinnen Kadriye Cakir und Melahat Hapanilir (rechts) kochen für deutsche Mieter im Stiftungsdorf Gröpelingen. Willkommen sind auch die Nachbarn aus dem interkulturellen Seniorenwohnhaus, wo vor allen türkische Migranten leben. Foto: Bremer Heimstiftung.

Der demografische Wandel sorgt auch dafür, dass die Gruppe der über 55-Jährigen unter den Bremen lebenden Migranten immer mehr zunimmt. Es sind Menschen, die oftmals wenig in das Leben im Stadtteil integriert sind, die deutsche Sprache kaum beherrschen und nach Jahrzehnten harter körperlicher Arbeit vielfach verstärkt gesundheitliche Probleme haben. „Wir müssen einfach mehr tun um diese Senioren in das kulturelle Leben stärker einzubeziehen und sie über die Angebote beispielsweise zur Gesundheitsprävention besser zu informieren. Denn auch unter Migranten leben immer mehr Ältere



Petra Krümpfer, migrationspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion

längst allein in Wohnungen oder Heimen“, berichtet die migrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Petra Krümpfer. Sinnvoll sei sicher der Ansatz Migranten für Migranten. „Wir brauchen mehr Jüngere aus Migrantenfamilien in den Berufen Sozialarbeit, Alten- und Krankenpflege, um die interkulturelle Gesellschaft leben zu können“, erläutert Krümpfer. Um die Älteren in ihrer Kultur abzuholen, ernst zu nehmen und in die Teilhabe zu führen. Ein

positives Beispiel für eine gelungene interkulturelle Arbeit mit Senioren sei das Haus der Bremer Heimstiftung in der Feuerwache Gröpelingen. Wichtige Weichen für eine bessere Integration älterer Migranten, von denen die größten Gruppen aus der Türkei, Polen und der Sowjetunion stammen, müsse zudem die Politik stellen. „In der Sozialarbeit gilt es verstärkt in die jeweiligen Kulturvereine zu gehen und generell die Öffentlichkeitsarbeit in den jeweiligen Herkunftssprachen zu forcieren.“ Und da viele der älteren Migranten in Quartieren mit besonderen sozialen Bedarfen leben, müssen wir uns weiter engagieren, dort die Wohnqualität auch altengerecht zu verbessern. „In Tenever wurden die Senioren in die Umgestaltung des Quartiers einbezogen. Das ist genau der richtige Weg“, erklärt Krümpfer. Damit sich zukünftig noch mehr ältere Migranten am sozialen Leben im Quartier beteiligen und eben nicht zu Pflegefällen werden.

Konflikt um Lymphdrainage-Verordnungen im Interesse der Frauen beilegen



Ursula Arnold-Cramer, Sprecherin Gleichstellung der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Patientinnen benötigen nach Brustkrebsoperationen Lymphdrainagebehandlungen, um so genannten Lymphödemen entgegenzuwirken. Patientinnen, die unter Lymphödemen leiden, haben darauf zudem einen rechtlichen Anspruch. Zugleich aber beklagen in Bremen Patientinnen, GynäkologInnen und PhysiotherapeutInnen, dass notwendige Behandlungen nicht erfolgen, weil Ärzte ihre Heilmittelbudgets ausgeschöpft hätten. Einige FrauenärztInnen wurden bereits in Regress genommen. „Wir müssen in erster Linie an die erkrankten Frauen denken. Sie dürfen in dieser schweren Situation nicht alleine gelassen werden“, so Ursula Arnold-Cramer, Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses, auf einer Veranstaltung der SPD-Fraktion. Ein in Folge der Veranstaltung vom Gesundheitsressort moderierter „Runder Tisch“ hat nun zu einer gemeinsamen Vereinbarung der Kasernenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassenverbände und des Berufsverbands der Frauenärzte geführt. Danach findet für das Jahr 2009 rückwirkend keine Richtgrößenprüfung für Frauenärzte statt, wenn diese die vereinbarten Ausgabenobergrenzen überschritten haben. Daneben hat der Beschwerdeausschuss allen Frauenarztpraxen, deren Widersprüche oder Sozialgerichtsklagen noch offen sind, Vergleiche angeboten. „Es ist gut, dass Patientinnen nun nicht mehr Spielball der Verordnungsbürokratie sind. Zahlreiche GynäkologInnen sind zudem wieder dem Disease-Management-Programm Brustkrebs beigetreten. Nun bestehen gute Aussichten, den Konflikt um die Lymphdrainage-Verordnungen im Interesse der erkrankten Frauen endlich beizulegen“, so Arnold-Cramer.

Hartz-IV-Regelsätze: Gute Bildung und kulturelle Teilhabe ermöglichen



Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Am 9. Februar hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die bisherigen Hartz-IV-Sätze für Kinder verfassungswidrig sind. Bis Anfang 2011 ist die Politik nun gefordert, eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Lösung zu finden. „Was die Kinder und Jugendlichen aus den betroffenen Familien bislang erhalten, ist deutlich zu wenig, um eine gute Bildung und eine kulturelle Teilhabe zu ermöglichen“, erklärt Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Kinder brauchen gute Startchancen. Die Armut der Eltern setzt sich aber in der Regel in der Armut ihrer Kinder fort“, macht Garling den politischen Handlungsbedarf deutlich. Eine Expertenkommission auf Bundesebene sollte Vorschläge für die Neuregelung erarbeiten, meint Garling und schließt sich damit einer Forderung von SPD-Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter an. Die hatte sich zudem für ein einheitliches Grundeinkommen für alle Kin-

der ausgesprochen. Persönlich hält Garling das Grundeinkommen für die gerechtere Variante als den bisherigen Mix aus Kindergeld, Kinderfreibeträgen und Hartz-IV-Sätzen. Verärgert ist die SPD-Politikerin über die bundesweite Diskussion, die der FDP-Vorsitzende und Vizekanzler Guido Westerwelle angezettelt hat. „Das lässt einem die Nackenhaare zu Berge stehen. Die FDP heizt diese Debatte in einer Weise an, die die Gesellschaft spaltet. Geringverdiener werden gegen Bezieher von Arbeitslosengeld ausgespielt. Die FDP diffamiert alle Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.“ Garling sieht die Politik in der Pflicht, die Rahmenbedingungen für mehr soziale Gerechtigkeit zu verbessern. „Einmal mit dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung bis zum Schulstart und dann in den Ganztagschulen. Und zum anderen mit der Festlegung von Mindestlöhnen, damit Eltern, die arbeiten, auch ihre Familien ernähren können.“

TERMINE

Sitzungen der Bürgerschaft

- 16.03. Stadtbürgerschaft
14:00-19:00 Uhr
- 17.03. Bürgerschaft
Landtag
10:00-18:00 Uhr
- 18.03. Bürgerschaft
Landtag
10:00-18:00 Uhr
- 20.04. Stadtbürgerschaft
14:00-19:00 Uhr
- 21.04. Bürgerschaft
Landtag
10:00-18:00 Uhr
- 22.04. Bürgerschaft
Landtag
10:00-18:00 Uhr

Sozi frei Haus 2010

Ab Mitte April ist es wieder soweit: Vier Wochen lang wird die SPD-Fraktion wieder mit über 50.000 von Til Mette gestalteten Postkarten in 260 Kneipen, Restaurants und anderen öffentlichen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven präsent sein. Und so funktioniert „Sozi frei Haus“: Wer ein Thema mit einem bzw. einer SPD-Abgeordnete/n diskutieren möchte, schickt einfach die ausgefüllte Postkarte an das Fraktionsbüro. Voraussetzung ist, dass sich fünf KollegInnen, Freunde oder Bekannte zusammenfinden und einen Ort sowie Zeitpunkt vorschlagen. Die Fraktion liefert dann eine/n „Sozi frei Haus“ ...



Auf dem Bundesparteitag der SPD in Dresden wurde die Aktion „Sozi frei Haus“ vorgestellt. Dort trafen sich der Cartoonist Til Mette (links) – der an diesem Wochenende den Deutschen Cartoonpreis in Dresden verliehen bekam – und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Stand der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Wolfgang Jägers rückt für Martin Günthner nach



Der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe (links) gratuliert dem neuen Senator Martin Günthner. Foto: Koch

Bereits einen Tag nach der Wahl Martin Günthners zum neuen Senator für Wirtschaft und Häfen sowie Justiz und Verfassung hat der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Wolfgang Jägers als Nachrücker an der Landtagssitzung teilgenommen. Wolfgang Jägers ist alles andere als ein Parlamentsneuling. Der 53-jährige gehörte der Bremischen Bürgerschaft bereits von 1995 bis September 2008 als Abgeordneter



Wolfgang Jägers, Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion

an. Nach seinem Ausscheiden war er weiterhin für die SPD-Fraktion als Bau-Deputierter politisch aktiv. Wolfgang Jägers ist Regionalleiter der Industriegewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU) der Region Weser-Ems, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (Afa) in Bremen und Mitglied im Bundesvorstand der Afa.

IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29
28195 Bremen

Tel : 0421 33 67 70
Fax: 0421 32 11 20
www.spdfraktion-bremen.de
E-Mail:
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.
André Städler

Redaktion
Knut Köstergarten
André Nonnenkamp

Gestaltung
Stefan Skiba

Druck
Meiners Druck OHG